

// GESCHÄFTSFÜHRUNG //

Bremen, 09.07.2015
Andreas Staets

Seite: 1 von 1

GEW kritisiert Vorgehensweise der neuen Regierungsparteien

Schließung der Oberschule Ohlenhof: Der Bremer Westen braucht ein stimmiges, ausfinanziertes Schulentwicklungskonzept

Bremen – Im Bremer Westen herrscht bei Eltern, Schülern und den Beschäftigten der Oberschulen berechtigte Empörung. Petra Lichtenberg, Landesvorstandssprecherin der GEW kritisiert: „Die jetzige Hauruck-Entscheidung der zukünftigen rot-grünen Regierung bezüglich der Oberschule Ohlenhof passt sich nahtlos ein in die planlose Bildungspolitik der vergangenen Jahre. Unter Senatorin Jürgens-Pieper wurden große Teile des Bremer Bildungssystems zerlegt und neu erfunden, verbunden mit großen Kosten, aber ohne ausreichende Haushaltsmittel. Die Schließung dieser Oberschule im Koalitionsvertrag zu verstecken, ohne dass eine öffentliche Diskussion oder Einbeziehung der Betroffenen mit einer vernünftigen Alternativplanung stattgefunden hätte, ist ein Affront gegen alle betroffenen Gruppen.“ Lichtenberg führt aus, dass seit Jahren ein Schulentwicklungsplan für den Bremer Westen überfällig sei. Gerade die sozial besonders benachteiligten Stadtteile wie im Bremer Westen benötigen bildungspolitische Schwerpunktsetzungen, das heißt, ausreichende Schulplätze und eine sehr gute Ausstattung, die die Schulen für breite Bevölkerungsschichten attraktiv machen.

„Seit 3 Jahren wird die Grundschule Halmerweg in ihrer Arbeit schwer belastet, gegen den Widerstand der Beschäftigten wurde in ihren Räumen und auf ihrem Gelände eine Oberschule aufgebaut, die kein eigenes Gebäude hat. Jetzt soll erneut eine finanztechnisch getroffene Entscheidung zu Lasten aller Schüler, Eltern und der Beschäftigten im Bremer Westen gehen. Funktionierende pädagogische Schulkonzepte aller Oberschulen in diesen Stadtteilen würden zerschlagen, das ist völlig inakzeptabel. Wir erwarten, dass die neue Regierung sich mit den Betroffenen an einen Tisch setzt und endlich angemessene, ausfinanzierte Konzepte ausarbeitet. Alles andere wäre in der Tat ein Armutszeugnis für die neue Regierungskoalition“, so Lichtenberg.

Für Nachfragen steht zur Verfügung: Petra Lichtenberg : 0177-4605360

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle
verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de